

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Matthias Lammert und Marlies Kohnle-Gros (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Bezahlung von Überstunden im Bereich des Polizeipräsidiums Westpfalz

Die **Kleine Anfrage 830** vom 28. Juni 2007 hat folgenden Wortlaut:

Das Polizeipräsidium Westpfalz hat seinen Beamten Ende März 2007 mitgeteilt, dass kein Geld mehr für die Bezahlung von Überstunden zur Verfügung steht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass im Bereich des Polizeipräsidiums Westpfalz das zur Verfügung stehende Budget für die Bezahlung von Mehrarbeitsstunden, die vor mindestens zwölf Monaten geleistet wurden, für dieses Jahr ausgeschöpft ist?
2. Wie hoch ist der Überstundenberg in den anderen Polizeipräsidien?
3. Wie hoch ist die Zahl an Überstunden, die aus den Polizeieinsätzen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 und dem G-8-Gipfel in Heiligendamm hinzukommt?
4. Wie soll der Abbau dieser Überstunden bewältigt werden?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Juli 2007 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Für die finanzielle Abgeltung von Mehrarbeitsstunden stehen dem Polizeipräsidium Westpfalz 144 000 € zur Verfügung. Mit diesen Haushaltsmitteln konnten in den vergangenen Jahren problemlos die erforderlichen Auszahlungen geleistet werden; vielfach ergaben sich sogar am Ende des Haushaltsjahres Ausgabereste in Höhe von 22 000 € bis 47 000 €.

Für das Jahr 2007 wurden zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt Anträge auf Auszahlung von Mehrarbeitsvergütung gestellt. Um diesen Anträgen in vollem Umfang entsprechen zu können, müsste der derzeitige Haushaltsansatz aufgestockt werden. Erforderliche Haushaltsmittel stehen aus einer eigens dafür gebildeten Finanzreserve zur Verfügung.

Das Polizeipräsidium Westpfalz wurde aufgefordert, die Gründe darzulegen, die zu dem erhöhten Mittelbedarf geführt haben. Darüber hinaus soll auch berichtet werden, inwieweit Mehrarbeit durch Freizeitgewährung bereits ausgeglichen wurde bzw. künftig ausgeglichen werden kann. Nach Prüfung dieser Stellungnahme wird über eine Aufstockung des Haushaltsansatzes entschieden.

Zu 2.:

Nach dem Ergebnis einer aktuellen Umfrage zum Stichtag 1. Juni 2007 beträgt die bei den Polizeipräsidien registrierte Mehrarbeit insgesamt 1 187 543 Stunden. Die Anteile der Polizeipräsidien stellen sich dabei wie folgt dar:

Polizeipräsidium Koblenz	271 218 Stunden
Polizeipräsidium Mainz	330 828 Stunden
Polizeipräsidium Rheinpfalz	216 590 Stunden
Polizeipräsidium Westpfalz	207 729 Stunden
Polizeipräsidium Trier	161 178 Stunden.

b. w.

Zu 3.:

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 sind landesweit 23 500 Stunden Mehrarbeit angefallen. Hierbei wurde die zu erbringende gesetzliche Arbeitszeit berücksichtigt.

Hinsichtlich des G-8-Gipfeltreffens in Heiligendamm ist eine Ermittlung der für rheinland-pfälzische Beamtinnen und Beamten angefallenen Mehrarbeitsstunden zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Zurzeit kann lediglich die insgesamt geleistete Arbeitszeit als grobe Schätzung mit ca. 150 000 bis 200 000 Einsatzstunden angegeben werden. Zur Berechnung der tatsächlich geleisteten Mehrarbeit ist die in diesem Einsatzzeitraum zu erbringende gesetzliche Arbeitszeit abzuziehen.

Zu 4.:

Der Abbau der Überstunden erfolgt in erster Linie durch Freizeitausgleich (§ 3 Absatz 1 Ziffer 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte – MVergV). Ausnahmsweise kann unter bestimmten Voraussetzungen ein finanzieller Ausgleich erfolgen.

Im Jahr 2006 wurden 612 112 Mehrarbeitsstunden durch Freizeitgewährung abgegolten; das entspricht einem Anteil von rd. 87 Prozent. Durch Bezahlung wurden 95 800 Mehrarbeitsstunden ausgeglichen; das entspricht einem Anteil von rd. 13 Prozent.

In Vertretung:
Roger Lewentz
Staatssekretär